kann dieselbe aus der Art und den Umständen des Vertrages nach der zu vermuthenden Absicht der Parteien vom Richter ergänzt werden."

Ferner soll neu § 675 folgende Bestimmung eingefügt werden:

„Der Besteller ist verpflichtet, dem Unternehmer angemessene Abschlagszahlungen auf die geleisteten Arbeiten zu leisten, sofern dies bei solchen Verträgen ortsüblich ist."

Zur Motivirung wird u. A. ausgeführt: „daß bei den meisten der in die Kategorie des Werkvertrages fallenden Verträge der Handwerker mit ihren Kunden der Uebernehmer den Stoff liefert, aus dem das Werk hergestellt wird. Dies ist beim Schlosser, Klempner, Schuhmacher, Buchbinder, Maler fast ausnahmslos, bei den übrigen Handwerkern überwiegend der Fall. Die Bestimmungen vom Kauf würden sonach, da hierüber nie etwas vereinbart wird, auf die meisten und vor Allem auf die wichtigsten aller zwischen Handwerkern und Bestellern geschlossenen Verträge Anwendung finden. Trotzdessen aber besteht zwischen diesen Werkverträgen und einem Kaufvertrag ein fundamentaler Unterschied. Während beim Kauf regelmäßig eine vorhandene Sache auf den Käufer übergehen soll und die Verpflichtung des Verkäufers sich darin erschöpft, das Eigenthum derselben auf den Käufer zu übertragen, ist beim Werkvertrag der zu liefernde Gegenstand stets erst herzustellen. Und während in Folge dessen beim Kauf die Persönlichkeit des Verkäufers in den Hintergrund tritt, ist dieselbe beim Werkvertrag von entscheidender Bedeutung, weil von ihrer Geschicklichkeit, ihrer Sachkenntniß, ihrem Fleiß, ihrer Erfahrung das Gelingen des Werkes und die Vertragsmäßigkeit der Leistung abhängt. Es ist deshalb ungeeignet, auf diese beiden innerlich verschiedenen Vertragsindividualitäten die gleichen Rechtsregeln anzuwenden."

Alsdann nach der Publikation des Gesetzes, betreffend die **Gesellschaften mit beschränkter Haftung**, wird ein Kommentar zu demselben, vom Justizrath Robert Effer in Köln, bei Julius Springer, Berlin, erscheinen.

Dieses neue Gesetz bedarf um so mehr eines Kommentars, als ein bestimmtes System kaum hineingebracht werden kann, während andererseits in daselbe eine Reihe von Bestimmungen der offenen Handelsgesellschaft, der Aktiengesellschaft, der Genossenschaft und der Gewerkschaft Aufnahme gefunden haben, welche einer Erklärung bedürfen. Justizrath Effer, dessen Kommentar zum Aktiengesetz die weiteste Verbreitung bei Juristen wie in der Geschäftswelt gefunden hat und jetzt bereits in 5. Auflage vorliegt, ist wie kein Zweiter berufen und befähigt, auch das neue Gesetz zu kommentiren; war er doch Derjenige, der bereits 1886 als Erster den Versuch gemacht hat, einen mit Gründen versehenen Gesetzentwurf unter dem Titel „Die Gesellschaft mit beschränkter Haftbarkeit" auszuarbeiten, auf welchen der 1891er Regierungsentwurf zum neuen Gesetze ausdrücklich hinweist. Der neue Kommentar soll in der Art seines Aktiengesetz-Kommentars auf der umfassenden Begründung des Entwurfs basiren, ferner auf den Berichten der Reichstagskommission und den Berathungen des Reichstags.

Es steht zu erwarten, daß das neue Gesetz sehr bald und vielfach zur praktischen Anwendung gelangen wird und daß sich viele Aktiengesellschaften die neue Gesellschaftsform aneignen werden — um so mehr, als das Gesetz durch besondere Vorschriften die Umwandlung der Aktiengesellschaften in Gesellschaften mit beschränkter Haftung ganz bedeutend erleichtert.

Ein hiesiges demokratisches Organ brachte in seiner Sonntags-Nummer einen Leitartikel unter der Ueberschrift:

„Die Theologie-Handwerker und der Religionsunterricht."

Unter dieser vielversprechenden Devise liest man folgenden durch den Druck noch besonders hervorgehobenen Satz:

„Können wir, können die Bürger, kann der Staat es dulden, daß die Schule, welche früher durch pädagogische Künstler, wenn man sich so ausdrücken darf, zu hoher Blüthe gebracht wurde, und welche auch jetzt noch durch Künstler geleitet wird, an zünftlerische engherzige Handwerker ausgeliefert wird, an Leute, die auf pädagogischem Gebiete vollständige Ignoranten sind?"

Eines Kommentars glauben wir uns füglich enthalten zu dürfen.

Wenn der Gesetzentwurf über die **Bahnen unterster Ordnung** sowohl im Landtage wie in der Presse als einen dringenden Bedürfniß entsprechend anerkannt ist, so hat sich doch die Auffassung geltend gemacht, daß eine Ordnung der Rechtsverhältnisse der Kleinbahnen allein nicht ausreiche, die Entwickelung dieses Verkehrsmittels in einer dem Verkehrsbedürfniß entsprechenden Weise zu sichern. Man war vielmehr der Meinung, daß es dazu auch eines finanziellen Vorhannes bedürfen werde. Im Gegensatz zu anderen Vorschlägen meinen die „Berl. Pol. Nachr.", es sei zu erwägen, inwieweit auf anderem Wege als dem der Subvention durch den Staat die Finanzirung solcher Bahnen zu erleichtern sein möchte. Dabei stehe naturgemäß in erster Linie die Nutzbarmachung des Kredits für diese Unternehmungen. In dieser Beziehung bestehe insofern eine Lücke, als den in Rede stehenden Unternehmungen der auf der Verpfändung des Unternehmens im Ganzen beruhende Realkredit fehle. Die rechtliche Konstruktion der Verpfändbarkeit eines Bauunternehmens sei zwar nicht leicht, die Schwierigkeiten indessen nicht unüberwindbar. Andererseits sei klar, daß mit derselben die Flüssigmachung der erforderlichen Geldmittel wesentlich erleichtert würde, gleichviel wer als Unternehmer von Kleinbahnen auftritt.

Der **deutsche Schiffs- und Handelsverkehr nach Singapore**, jenem großen interkontinentalen Stapelplatz zwischen Europa und den Ländern Mittel- und Ostasiens, der ein großes Sammelbecken von Produkten und Erzeugnissen der tropischen Natur bildet, hat in den letzten Jahren in Folge besonderer Verhältnisse eine nicht unbedeutende Krise durchzumachen gehabt. Dieselbe sei, wie aus einem amtlichen Bericht im „Handelsarchiv" zu entnehmen, in das Jahr 1890, in welchem nur 277 Dampfer und 9 Segelschiffe den Hafen von Singapore berührten, gegen 294 Dampfer und 37 Segler im Vorjahr.

Diese Abnahme der deutschen Schiffahrt war hauptsächlich herbeigeführt durch die Verminderung der Schifffahrt überhaupt, welche sich auf die verschiedenen Nationalitäten nach dem Verhältniß ihrer Gesammtbetheiligung ziemlich gleichmäßig erstreckte. Bis dahin vermittelten mehrere deutsche Schiffe den Kulitransport von China nach Penang unter Anlauf von Singapore, dann aber übernahmen chinesische Firmen mit eigenen, für den Kulitransport ihrer Größe wegen mehr geeigneten Dampfschiffen diese Arbeitertransporte, und zwar in größerem Maßstab, und verdrängten die deutschen Küstendampfer. Der erhebliche Rückgang, den die Segelschiffahrt gleichzeitig erfuhr, erklärte sich theils aus schlechten Reiserouten, theils auf zu starkem Angebot von Frachtraumten und Häufung von Kohlenvorräthen in Singapore. Die beiden ersten Umstände standen in einer nahen Beziehung zu einander. Mit dem Augenblick, wo es keine Reiserouten zu taumphren gab, wurde der sonst dafür begehrte Raum für andere Waaren angeboten. Da hierdurch die Frachtraten zurückgingen, so bedienten sich die Exporteure dieser Gelegenheit, um die Ausfuhr zu steigern. Als dann immer mehr Kunapvieh zur Ladung eintrat, bildete sich ein sehr ungünstiges Verhältniß heraus zwischen angebotener Ladung und verfügbarem Schiffsraum. Namentlich hatten die Frachten nach Hamburg zu leiden, für welches zu Ende des Jahres 1890 17 000 Tonnen Raum vorhanden, während nur ganz geringe Ladung der Verschiffung harrte. Von da an trat dann ein Wandel der Verhältnisse ein. Unter dem Einfluß der neu eröffneten Saison auf Java und mit lebhafterem Umsatz von Ostindien fing die Lage des Frachtenmarktes sich langsam zu bessern an. Mit der am Schluß des Jahres 1890 beginnenden regelmäßigen Reisaausfuhr erreichten die Frachten alsdann wieder eine normale Höhe. — Seitdem ist, daß die Gesammtausfuhr nach deutschen Häfen sich während des Jahres 1890 zumeist auf Kosten des Londoner Einfuhrhandels hervorragend vergrößert hat.

Man kann jetzt annehmen, daß der Einfuhr- und Ausfuhrverkehr Deutschlands mit Singapore in ganz überwiegendem Maße durch deutsche Schiffe vermittelt wird. Hierzu hat hauptsächlich das, in Folge der schlechten Reiserouten, entstandene Angebot an deutschen Schiffsraum geführt.

Journal-Revue.

Eine Betrachtung der „Schlesischen Zeitung" „nach Schluß des Reichstages" läuft in folgenden Satz aus: „Wir wollen der Regierung wünschen, daß es ihr gelingen möge, ihre Politik eine Strecke weit zu geben, wobei so sehr jene Empfinden der Mehrheit der Bevölkerung entspricht, daß sie sich die Gefolgschaft auch der parlamentarischen Majoritäten erzwingt."

Die „Neue Stettiner Zeitung" kommt bei Besprechung desselben Themas zu nachstehendem Schluß: „Es ist in hohem Maße wünschenswerth, ja nothwendig, daß die Zeit bis zum Herbst, wo der Reichstag wieder zusammentreten muß, von der Regierung benutzt werde, nicht nur in ihrem Schooße eine politische Klärung und Erneuerung der Stimmung vorzunehmen, sondern auch ihr Verhältniß zu den Parteien dementsprechend ins Reine zu bringen. Nachgerade sollte doch endlich die Einsicht reifen, daß es nur zum Schaden des Reiches und nicht zuletzt zu bemjenigen der Regierung gereicht, das Schicksal des Staates ohne festen Kurs dem Spiel des Zufalls zu überlassen."

An die Adresse der Zentrumsparteien richtet die „Nationalliberale Korrespondenz" eine Ausführung, in der es heißt: „Die Reichstagssession ist zu Ende gegangen, ohne daß die Rückwirkung der großen Ereignisse in unserer inneren Politik auf die parlamentarischen Verhältnisse und die Stellung der Parteien in vollem Umfange sich noch hätte geltend machen können. Die Zentrumspartei, auf die man hierbei zunächst sein Auge richtet, hatte ihre Entschließungen in der vorangegangenen, für sie ertreulicheren Situation bereits so festgelegt, daß sie in der dritten Etatsberathung nicht gut mehr umkehren konnte. Die kleinliche Revanche bei der Zweigroschenfrage K war das Einzige, womit sie ihrem Aerger Luft machen konnte; zu Windthorst's Zeiten wäre auch das wahrscheinlich nicht geschehen: der war staatsmännischer und vornehmer als die kleinen Gemegreien, die jetzt an der Spitze der Partei stehen. Es ist sonach geschäftsmäßiger Blaffenstillstand bis in den Herbst verkündigt, und während dieser Zeit mag manches sich entwickeln, wofür jetzt erst der Keim gelegt ist."

In der „Kölnischen Volkszeitung" wird ausgeführt: „Nachdem die Hoffnung auf ein Schulgesetz für absehbare Zeit gescheitert ist, wird man allerdings die Verwaltungspraxis schart ins Auge zu fassen haben. Abgesehen von der ihnen mit den kirchlich gesinnten Evangelischen gemeinsamen Klage über Benachtheiligung der religiös-sittlichen Interessen hatten die preußischen Katholiken noch besondere Beschwerde über Verletzung der Parität zu führen. Wie auf so manchen anderen Gebieten machte sich auch auf dem der Schulverwaltung bemerkbar, daß die konfessionelle Minderheit und Mehrheit nicht mit dem gleichen Maße gemessen wurde. Während in den siebenziger Jahren die katholischen Geistlichen fast mit einem Schlage aus dem Amte als Lokal-Schulinspektoren entfernt und später nur zögernd zu demselben wieder zugelassen wurden, blieb in manchen Bezirken der Besitzstand der protestantischen Pastoren fast unverändert, in einzelnen blieb sogar die Kreis-Schulinspektion in den Händen der Pastoren bezw. Superintendenten."

Zu den bereits erwähnten Bemerkungen des Fürsten Bismarck auf die Ansprache der Bochumer ihn zu seinem Geburtstage beglückwünschenden Deputation, welche zum „Märkische Sprecher" in folgender Fassung berichtet hatte:

„Von Bochum ist in letzter Zeit ja viel geschrieben worden, aber ich bekenne Ihnen offen, daß ich den mißgünstigen Verleumdungen gegen Bochum und seine Söhne nie Glauben geschenkt habe. Unregelmäßigkeiten und Nachlässigkeiten passiren überall. Das ist in der menschlichen Natur begründet. Aber es ist ja bekannt, daß die Bochumer Schlesen sich überall vorzüglich bewährt haben, und diese Thatsache steht so fest, daß dagegen keine Fuchsgarn aufkommen kann. Aber deshalb die gesammte deutsche Industrie gegenüber dem Auslande zu schädigen, kann wohl nur auf ausländische Bezahlung geschehen, kann freiwillig thut ein deutscher Mann so etwas nicht."

bemerkt die „Westfälische Volkszeitung": „Daß Fürst Bismarck in der Affaire Baare-Fusangel auf die Seite des Ersteren sich stellen würde, war vorauszusehen; denn Herr Baare gehört zu den Geschützten Bismarck's und seine Moral ist diejenige des gesammten Bismarck'schen Regiments. Daß Fürst Bismarck systematisch betriebene Urkundenfälschungen und Betrügereien als Unregelmäßigkeiten und Nachlässigkeiten zu bezeichnen versucht, ist für den gestürzten Machthaber ebenso bezeichnend, als der Umstand, daß er sich die Schimpfworte nationalliberaler Winkelblätter aneignet, um den Gegner Baare's zu treffen. Die in den Schlußworten liegende Insinuation ist so gemein, daß wir es verschmähen, darauf irgend etwas zu entgegnen. Fürst Bismarck kann sich gratuliren, wenn er in dieser Beziehung so makellos dasteht, wie der Mekaktour Fusangel. Letzterer nimmt von Niemanden Trinkgelder, vom Auslande so wenig, wie vom Inlande."

Zu den bekannten Erklärungen der offiziellen Parteiorgane der Konservativen bemerkt die „National-Zeitung" mehr grob als zutreffend: „Das ist bedauerliche Kost. Wochenblatt", an welcher Verleugnung auch Herr von Helldorff sich betheiligt, hat neuerdings durch einen scharfen, gegen den Grafen Zedlitz gerichteten Artikel Mißfallen erregt. Aber nicht geringeres Mißfallen muß bei den Herren von Helldorff und Genossen doch wohl die Art, wie sie selbst in der „Kreuzzeitung" behandelt worden, hervorgerufen haben. Es scheint indeß nicht, daß sie das Bedürfniß nach einer Genugthuung, wie Herr von Helldorff selbst sie den Extremen geben hilft, empfinden. Er scheint zu denken: „Ich bin ihr Führer, ich muß ihnen folgen". Dann kann er freilich über schlechte Behandlung sich nicht wundern."

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 5. April.

* Der kaiserliche Botschafter am österreichisch-ungarischen Hofe, Prinz Reuß, hat einen ihm Allerhöchst bewilligten kurzen Urlaub angetreten. Während seiner Abwesenheit von Wien fungirt der Erste Sekretair Legation-Rath Prinz von Ratibor, als Geschäftsträger.

* Der Ministerial-Direktor im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Wirkliche Geheime Ober-Regierungs-Rath Dr. Bartsch, ist nach der Provinz Hannover abgereist.

* Der Bevollmächtigte zum Bundesrath, fürstlich schaumburg-lippische Regierungspräsident Spring ist von hier wieder abgereist.

* Der hiesige siamesische Geschäftsträger Phra Suriya hat sich im Auftrage seiner Regierung für einige Tage nach Kopenhagen begeben.

* Der bisherige Attaché bei der hiesigen italienischen Botschaft Victor Cobianchi ist von hier abberufen und in gleicher Eigenschaft zur italienischen Gesandtschaft nach Bern versetzt, wohin er sich auch bereits begeben hat. Die Geschäfte der hiesigen italienischen Botschaft werden gegenwärtig durch den Marquis di Boccario Incisa geführt.

* An Stelle des bisherigen zweiten Legationssekretairs A. de Paina ist der Legationssekretair Luis de Lorena Ferreira zur hiesigen brasilianischen Gesandtschaft versetzt und auch bereits in Berlin eingetroffen. — Der Attaché derselben Gesandtschaft, de Miranda, ist, von Amerika kommend, gestern in Berlin eingetroffen.

Wochen-Uebersicht der Reichs-Bank vom 31. März 1892.

Aktiva (in Tausend Mark).		
Metallbestand (der Bestand an kursfähigen deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 ℳ	945 —	—
Bestand an Reichskassenscheinen	24 067	— 2 304
Bestand an Noten anderer Bank.	11 184	+ — 99
Bestand an Wechseln	578 910	+ 48 231
Bestand an sonstigen Aktiven . . .	113 152	+ 19 544
Bestand an Effekten	6 515	+ 287
Bestand an sonstigen Aktiven . . .	43 976	+ 9 675
Passiva (in Tausend Mark).		
Das Grundkapital	120 000	unverändert.
Der Reservefonds	30 000	unverändert.
Der Betrag der umlauf. Noten	1 026 368	+ 132 093
Die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	536 636	— 101 059
Die sonstigen Passiva	1 865	— 325

Bei den Abrechnungsstellen sind im Monat März 1892 abgerechnet 1 447 798 300 ℳ

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

* Gestern traten die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Handel und Verkehr und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen zu einer Sitzung zusammen.

[Post und Telegraphen.] * Für die Post nach Japan und China über Vancouver sind die nächsten Abgänge wie folgt festgesetzt: am 14. April aus Queenstown, am 29. April, 20. Mai aus Londonderry.

* Nr. 8 des Archiv für Post und Telegraphie hat folgenden Inhalt: 1. Attentäte und Aufsätze: Zur Schlierenbestimmung der unterseeischen Kabel. — Der Neujahrsrohrbriefverkehr in Berlin. — Der kurfürstlich sächsische Geograph Mag. A. F. Fürner; zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Landkartenwesens (Schluß). — Das neue Postgebäude in Thann (Elsaß). — II. Kleine Mittheilungen: Die Kabelstelle der Welt. — Kohlenfaden-Mikrophon von Crittelin. — Elektrische Nebelglocke. — Das niederländische Post- und Telegraphenwesen im Jahre 1890. — Die englischen Postparkassen im Jahre 1890. — Dienstentheilung und Beamtenverhältnisse bei der Generaldirektion der Posten und Telegraphen in Frankreich. — III. Literatur des Verkehrswesens: Die neueren Schwarzwälder der Handels- und Kriegsmarine. Von C. Hanle, Professor an der kaiserl. Marine-Akademie und -Schule. Mit 42 in den Text gedruckten Abbildungen. Kiel und Leipzig. Verlag von Lipsius u. Tischer. 1891. 8°. 104 Seiten.

* Das Oster-Jungpostheft enthält zum Besten des „Töchterhorts" am 3. März 1892 von dem Direktor im Reichspostamte Herrn Sachse gehaltenen Vortrag: „Eine Winterreise nach Nordamerika".

---

* **Friedrichsruh**, 3. April. Die „Hamburger Nachrichten" bringen noch mancherlei Nachträgliches zum Geburtstage des Fürsten Bismarck. Neben Adressen und Blumenspenden waren auch eine Menge von Geschenken eingetroffen, deren Fülle das Blatt folgendermaßen charakterisirt:

„Und endlich die Spenden, die nur dem leiblichen Genusse oder der Stärkung dienen sollen! Kaffeebohnen, Schlatery, Liebigtee aus Marzipan, mehrere Dutzend Flaschen Moselwein, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die letzte Unpäßlichkeit des Fürsten, Pumpernickel, Würste und Schinken aus verschiedenen Gegenden, die edelsten Weine: wer kann sie alle zählen! Merkwürdige Baumkuchen ragen neben Kibitzeiern von erstaunlicher Größe — bis zu einem Fuß Länge — empor."

Aus Wien wird den „Hamb. Nachr." telegraphisch berichtet, daß der Reichsberger deutschnationale Abgeordnete Barreuther, Kindermann, Schücker, Prade an den Fürsten Bismarck Glückwunschtelegramme richteten.

Die Nachricht, daß der General Graf Waldersee sich nach Friedrichsruh begeben habe, beruhte auf einer Verwechslung eines Berichterstatters des „Hamb. Korr."

Trier, 3. April. Die Stadtverordneten beschlossen, wie die „Franff. Ztg." hervorhebt, neben der bestehenden kaufmännischen Fortbildungsschule auch die gewerbliche Fortbildungsschule für obligatorisch zu erklären.

Frankfurt a. M., 3. April. Die Zuschläge zur Einkommensteuer seitens der Gemeinden sind in Berlin von 100 auf 70, in Dortmund von 280 auf 215, in Cöln von 350 auf 220 Prozent ermäßigt worden. Im Vergleich zu diesen Städten ist die in Frankfurt a. M. erfolgte Abweichung der Zuschläge von 190 pCt. auf 70, 80, 90, 100 pCt., das heißt durchschnittlich auf 85 pCt., so wenig bedeutend. Nach Prozenten berechnet beträgt die Reduktion: In Berlin 30 pCt., in Dortmund 26 pCt., in Cöln 38 pCt., in Frankfurt 55 pCt. Da in Frankfurt außer dem Zuschlage zur Einkommensteuer keinerlei andere Zuschläge zu den Staatssteuern, auch keine Abgaben auf Lebensmittel u. dgl. bestehen, so ist Frankfurt jetzt eine der niedrigst besteuerten Städte Preußens.

Dresden, 3. April. Beide Kammern ertheilten gestern dem Finanzgesetz ihre Zustimmung; Ueberschüsse und Zuschüsse gleichen sich mit 95 314 492 ℳ aus. Für außerordentliche Staatszwecke ist ein Gesammtbetrag von 56 251 000 ℳ ausgeworfen. — Die zweite Kammer berieth einen Bericht ihrer Gesetzgebungsdeputation über die Ermächtigung zur Erhebung öffentlicher Klage wegen Beleidigung der Kammer durch Artikel, welche die sozialdemokratische Sächsische Arbeiterzeitung" u. a. m. nach dem Beschlusse, daß das Mandat des Schriftstellers Bebel nicht erloschen sei, gebracht hatte. Während der Mehrheit der Deputation die Ertheilung der Ermächtigung beantragte, rieth die Minderheit davon ab, weil die Beleidigungen sich ausschließlich als Schimpfereien darstellten, die auf ihre Urheber zurückfielen, die Strafverfolgung der Beleidigten hiernach unnöthig sei. Nachdem der letztere Standpunkt durch den Vizepräsidenten Streit vertreten worden, erklärte Abg. v. Dehlschlägel namens der konservativen Partei, daß diese dem Mehrheitsantrage zustimme, um zu zeigen, daß sie unverstanden sei, wenn die Staatsregierung Aeußerungen, die bestimmt oder geeignet sind, die Autorität des Staats zu untergraben, mit aller Schärfe des Gesetzes entgegentrete. Ein Sozialdemokrat beantragte dagegen, die Ermächtigung im Interesse der unbeschränkten Preßfreiheit zu versagen. Abg. Dr. Schill erklärte, daß der größte Theil der Nationalliberalen für Ertheilung der Ermächtigung stimmen werde, weil es sich um Schmähungen der größten Art handle und eine Verlagung der Ermächtigung zu einer Verwirrung der Ansichten über Das, was erlaubt sei und was nicht, beitragen müsse. Die Kammer ertheilte die Ermächtigung zur Erhebung der Anklage mit 54 gegen 19 Stimmen.

München, 3. April. Im Februar wurden in Bayern 694 Gesuche um die Ar ertheilung und 453 um die Invalidenrente eingereicht; von früher waren noch 830 heym. 251 zu erledigen. Von der Gesammtzahl wurden im Februar genehmigt 494 beym. 229, abgewiesen 179 beym. 122, als Gesammtsumme der im genannten Monat zur Auszahlung gelangten Renten ergiebt sich, nach den „N. N.", für die Altersrente 61,001 ℳ 40 ₰, für die Invalidenrente von 25,927 ℳ 94 ₰.

Karlsruhe, 3. April. Der ersten Kammer ist, wie der „Bad. Korr." mitgetheilt wird, eine Vorlage zugegangen, welche die Regierung ermächtigt, das Notenprivilegium der Badischen Bank auf eine weitere Dauer zu erstrecken.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Aus **Wien**, 3. April, schreibt man uns:

„Die Ausgleichskommission des böhmischen Landtags wird mit einem Vertagungsantrag vor das Plenum treten, und damit ist das Schicksal der Ausgleichsvorlagen in dieser Session besiegelt. Das Resultat hat nichts Ueberraschendes, vielmehr konnte es schon nach den ersten Erklärungen des Großgrundbesitzes mit aller Sicherheit vorhergesehen werden. Es ist daher sicher eine Uebertreibung, wenn man aus Prag berichtet, daß der Vertagungsbeschluß der Ausgleichskommission die Deutschen in Böhmen in lebhafte Erregung versetzt habe. Vielleicht ist es noch eine Uebertreibung, wenn man ausschließlich bei dem negativen Moment verweilt. Ein relativer Vortheil liegt immerhin darin, daß der Antrag des Grafen Bouquoy, somit des Großgrundbesitzes, die Majorität erlangte und als Kommissionsantrag an den Landtag gelangt. Der Großgrundbesitz hat aber ausdrücklich erklärt, daß er an den in Wien getroffenen Vereinbarungen festhalte und die Vertagung nur befürworte, weil er von der Zeit eine Klärung der Anschauungen und eine Beruhigung der Gemüther erwartete. Der Einwand, daß die Motivirung des Antrages, welche die Anschauungen des Großgrundbesitzes zum Aus-

---

Aus Berlin.

1. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Vaterländischen Frauenvereins fand gestern Nachmittag um 4 Uhr in den Prunkräumen des Justizministeriums ein festlicher Akt statt. Die Vorstände der Provinzial- und Bezirksvereine, sowie die in Berlin anwesenden Vertreter nichtpreußischer Frauenvereine hatten sich versammelt, um der Gräfin Charlotte v. Itzenplitz und der Frau Stadtrath Marie Moldenhauer, die 25 Jahre an leitender Stelle für den Vaterländischen Frauenverein gewirkt haben, Zeichen der Verehrung und Anerkennung zu weihen. Im Namen des Vorstandes des Gesammtvereins und der Vorsitzenden der Provinzial- rc. Vereine überreichte Frau v. Schmidt-Walbau der Gräfin Itzenplitz einen kostbaren Tepich, ein Meisterwerk der schlesischen Textilindustrie, dessen Muster das Motto „Glaube, Liebe, Hoffnung" untergelegt war, welches auch der Kernpunkt der kunstvoll mit Malereien geschmückten Adresse bildete, in der den Gefühlen der Anerkennung Ausdruck gegeben war. Frau Stadtrath Moldenhauer erhielt als Ehrengabe einen kostbaren, in der königlichen Porzellanmanufaktur hergestellte Vase, die an der Vorderseite das Bild des kaiserlichen Palais zeigt, in dem der Verein unter dem Vorsitz der Kaiserin Augusta so oft getagt. Die Rückseite zeigt in goldenen Lettern die Widmung. Zwei Frauenkörbe mit hoher Dekoration bilden die Henkel der kostbaren Vase. In besonderen Adressen gaben dann noch der Sächsische und der Westpreußische Provinzialverein der dankbaren Verehrung Ausdruck. — Die Erschienenen vereinigten sich sodann zu einer intimen Besprechung die Gelegenheit bot zu einer kurzen Berichterstattung über das Vereinsleben in den einzelnen Verbänden und die zu einer Erörterung über verschiedene Organisationsfragen führte.

5. Als Nachfolger des unlängst verstorbenen Prof. Dr. Kosfack hat Prof. Dr. Stahl von der Technischen Hochschule zu Aachen einen Ruf als etatsmäßiger Professor der Mathematik an die hiesige Technische Hochschule erhalten; er wird sein neues Amt am 1. Mai antreten. Sein Lehrauftrag erstreckt sich auf Vorlesungen über analytische Geometrie nebst mathematischen Uebungen, sowie über Differential- und Integralrechnung. Ferner ist der Hamburger Schiffsbau-Ingenieur Oswald Flamm an die Technische Hochschule als Dozent berufen und zum Mitgliede der Sektion für Schiffbau ernannt worden.

* Vom 20. bis 30. d. M. findet hierselbst ein naturwissenschaftlicher Ferienkursus für Lehrer der höheren Schulen statt. Der Leiter des Kursus, Realgymnasialdirektor Prof. Dr. Schwalbe, eröffnet den Kursus mit einer Vorlesung über die Methodik des chemisch-mineralogischen Unterrichts. Der Zweck der Veranstaltung ist, den Theilnehmern die neuesten Fortschritte auf dem Gebiete der Naturwissenschaften durch Vorträge und Experimente vor Augen zu führen. Auch über das „Metall der Zukunft", das Aluminium, die neueren Methoden seiner Gewinnung und über seine Verwendung wird Vortrag gehalten werden. Außerdem wird den Theilnehmern Gelegenheit geboten werden, Besichtigungen der hiesigen naturwissenschaftlichen Sammlungen, der „Urania", größerer technischer Anlagen, wie der Elektricitätswerke, der Porzellanmanufaktur, Gisfabrik u. s. w. ihre Kenntnisse zu erweitern.

* Am 7. d. Mts. treffen Wiener Handelsakademiker unter Führung von zwei Professoren, von Dresden kommend, in Berlin ein, um hier Fabriken und Sehenswürdigkeiten zu besichtigen und von Berlin aus Kiel und die Hansastädte zu besuchen.

* Der Nachtrag zum Berliner Adreßbuch 1892 ist erschien in Verlage von W. u. S. Loewenthal erschienen.

* Der urkomische Bendix hat am Mittwoch Benefiz. Es ist dieses gewöhnlich die Lieblingsrolle der Berliner, das American-Theater in der Dresdenerstraße bis auf den letzten Platz zu füllen, zumal Bendix eine neue attraktive Kuriosität unter dem vielversprechenden Titel „Wau-Wau-Willem oder die Hundehyäne" bringt.

rg. Ein gewisser Verdacht, den Mord in der Kaiser Wilhelmstraße begangen zu haben, richtet sich gegen den 40 Jahre alten Hausmann Christian Mattik, welcher aus Garen bei Kottbus stammt, Kaiser Wilhelmstraße 13 wohnt und auch die Reinigung des Nebengrundstücks, in dessen Keller die Kleidungsstücke gefunden wurden, zu besorgen hat. Mattik, welcher von sechs bis neun Uhr in dem Keller beschäftigt gewesen sein will und selbst zugiebt, daß er die Leiche dort gesehen haben müßte, falls sie um sechs Uhr schon dort gelegen hätte, aber sonst von der Sache nichts wissen will, macht sich eben hierdurch verdächtig, zumal da er zwei Männer und eine Frauensperson aus dem Mordkeller hinausgetragen haben will. Es ist nun leicht möglich, daß Mattik beim Säubern des Raumes die Susanne geschlagen und gegen seine Absicht tödtlich getroffen hat. Ist diese Annahme richtig, so erscheint es für Mattik nicht eben schwer, eine günstige Gelegenheit abzupassen und die Leiche fortzuschaffen. Auch wäre es erklärlich, daß er die Todte an den Fundort gebracht hätte, dessen Lage ihm genau bekannt war. Die Fesselung der Leiche konnte darauf zurückgeführt werden, daß einmal ein bequemeres Fortschaffen ermöglicht, dann auch der Sachlage ein geheimnißvolles Gepräge aufgedrückt werde. Die Kriminalpolizei hat gestern gegen Mittag in der Mattik'schen Behausung eine Durchsuchung vorgenommen. Als für die Untersuchung wichtig wurden ein Hemd und ein blutiges Handtuch mit Beschlag belegt. Die Blutflecke werden von Mattik auf Nasenbluten zurückgeführt. Die Verbandlungen mit Mattik zogen sich bis zur späten Abendstunde hin. Die Leiche der Susanne, welche am Abend noch nicht rekognoszirt worden war, ist im Schauhause ausgestellt, trägt die Nummer 14, ist mit ihren Kleidern versehen und wurde bis 7 Uhr Abends von etwa 5000 Personen besichtigt.

rg. Wegen eines Verbrechens wider das Leben ist am Freitag Abend die Ehefrau des Schlossermeisters F. in der Bandelstraße verhaftet worden. — Im Folge des Verbrechens ist die in dem Hause Schlüterstraße 1 zu Charlottenburg wohnhaft gewesene separirte Frau Müller kurz vor Weihnachten gestorben. Obgleich die Verhaftete ein Geständniß abgelegt hat, wird dennoch voraussichtlich die Erhebung der Leiche der Frau Müller angeordnet werden.

* Ein junges Mädchen, das in der Nacht zum Montag im Landwehrkanal den Tod zu suchen beabsichtigte, an der Ausführung seines Vorhabens jedoch verhindert wurde, hat vorläufig in einer hiesigen Familie Aufnahme gefunden. Angehörige erfahren Näheres Zimmerstr. 28 parterre. Die etwa 20jährige Unbekannte, deren Eltern und Geschwister, über die sie jede Auskunft verweigert, in Berlin zu wohnen scheinen, ist mittelgroß, hat blondes Haar, große blaue Augen, kurze Nase, vollen Mund; sie trägt dunkelblaues Kattsim mit braunem und geschgestreiftem Einsatz, leichtes graues Jaquet, grünen schwarzen Federhut mit Schleier, schwarze Trikothandschuhe.

* (Polizeibericht.) Am 2. d. M. Vormittags wurde ein Dienstmädchen von der Wohnung seiner Herrschaft in der Rittersstraße 57 krank aufgefunden und verstarb auf dem Wege nach dem St. Hedwigs-Krankenhause. — Am Görlitzer Ufer 33—40 wurde die stark in Verwesung übergegangene Leiche eines unbekannten, etwa 35 Jahre alten Mannes aus dem Kanal gezogen. — Der Holzarbeiter Rüscke fiel in der Holzbearbeitungswerkstatt von Müller u. Co., Friedrichstraße 77, beim unvorsichtigen Oeffnen der Einfriedigung eines Fahrstuhls durch denselben vom 4. Stock bis in das Grdgeschoß hinab und erlitt schwere innere Verletzungen. — Auf dem städtischen Kirchhof am Mariendorfer Wege die Leiche eines obdachlosen Arbeiters aufgefunden. — Nachmittags fiel ein Kutscher beim Bestreichen des von ihm geführten Sprengwagens von dem Hause Blumenstraße 2/3 rücklings auf den Straßendamm herab und erlitt am Hinterkopfe eine erhebliche Verletzung. — Ein Malergehilfe stürzte von einem vor dem Hause Dranienstr. 160 aufgestellten Bockgerüste in den Hof herab und fand den Bürgersteig herab und erlitt eine Gehirnerschütterung. — Vor dem Hause Linienstr. 244a wurde Nachmittags ein obdachloser Drechsler von einer Droschke überfahren und erlitt einen Bruch der rechten Kniescheibe. — Vor dem Hause Heinrichsstraße 12 wurde eine unbekannte, etwa 45jährige Frauensperson auf einer Kopfwunde stark blutend und bewußtlos aufgefunden. — Abends sprang nahe der Sandkrugbrücke eine unbekannte, etwa 50jährige Frauensperson in selbstmörderischer Absicht in den Kanal, wurde jedoch noch lebend, aber bewußtlos aus dem Wasser gezogen. — Am 3. d. M. Morgens wurde ein Fuhrherr in seinem Pferdestall in der Kolonienstraße und Abends ein Kaufmann in seiner Wohnung in der Kulmstraße erhängt vorgefunden. — Vormittags wurde ein Baumächter im Keller des Hauses Leipzigerstr. 19 bewußtlos aufgefunden; anscheinend ist er durch Aetbergase, welche sich aus dort aufbewahrten Lampen entwickelt hatten, betäubt worden. — Auf dem Treppenflur des Hauses Ritterstraße 22 vor der Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau erschoß sich Nachmittags ein Arbeiter mittels Revolvers. — Im Fußgarten wurde eine 70jährige Frau von einer Kutsche überfahren. — Oberhalb der Freiarchenbrücke fiel Nachmittags ein fünfjähriger Knabe beim Spielen in den Flutbgraben, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen. — Abends fiel eine 75jährige Fischermeister-Tochter vor dem Hause Friedrichstraße 150 ein etwa zwei Pfund schweres Stück einer an diesem Hause angebrachten elektrischen Lampe auf den Kopf. — Im Thiergarten, nahe dem Neuen See, brachte sich ein außerhal